



13.09.2013 | Nr. 495/13

## **Barbara Ostmeier: Wir müssen die Einführung eines „Anti-Doping-Gesetzes“ prüfen**

Das Thema Doping-Prävention und auch ein mögliches Anti-Doping- Gesetz stehen auf der Tagesordnung der zurzeit stattfindenden Sportministerkonferenz (SMK) der Länder in Wiesbaden. Über die Einführung eines staatlichen Anti-Doping-Gesetzes, in dem auch der Besitz von Dopingmitteln strafbewehrt sein sollte, will nun die schleswig-holsteinische CDU-Landtagsfraktion im Rahmen einer Sitzung des zuständigen Innen- und Rechtsausschuss diskutieren.

„Wir müssen die Einführung eines Anti-Doping-Gesetzes intensiv prüfen“, sagte die Sportexpertin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, die zugleich auch justizpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, heute (13. September 2013) in Kiel.

„Um zu einer grundsätzlichen Beurteilung zu gelangen, ob die strafrechtliche Verfolgung von Doping-Sündern im Sport durch ein eigenes Anti-Doping-Gesetz sinnvoll ist, bedarf es einer fundierten Diskussion auf allen politischen Ebenen. Der Staat finanziert zu Recht ganz wesentlich den Spitzensport. Deshalb müssen wir auch Regelungen schaffen, dass Athletinnen und Athleten, die fair und sauberen Sport treiben, nicht durch Doping-Sünder Nachteile erleiden. Ansonsten ist das gute Renommee des Sports in Gefahr“, machte die sportpolitische Sprecherin auch vor dem Hintergrund der jüngst diskutierten Studie über Doping-Missbrauch im deutschen Hochleistungssport deutlich.

Die CDU-Abgeordneten wollen nun die Landesregierung bitten, im Rahmen einer Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses einen Bericht von der SMK und den Ergebnissen zu erstatten. „Wir möchten vom Minister aus erster Hand informiert werden und alle Argumente anhören. Zwar legt die CDU großen Wert auf die Autonomie des organisierten Sports. Dieser darf sich aber mit seiner Sportgerichtsbarkeit nicht in einem luftleeren Raum bewegen“, forderte die CDU-Sport- und Justizexpertin Ostmeier abschließend.